

Umgang mit rechtspopulistischen Bewegungen

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gab es wiederholt Phasen eines erstarkenden rechten Populismus und Extremismus, die als Parteien, Gruppen und Netzwerke die parlamentarisch verfasste Demokratie in Frage gestellt und bekämpft haben und sie letztlich abschaffen wollten. Es ist eine Geschichte von Kontinuitäten und Diskontinuitäten sowie von unterschiedlichen Facetten, die seit 1945 Bestandteil der politischen Kultur geworden ist und zu den dauerhaften Herausforderungen des Basiskonsenses der repräsentativen parlamentarischen Demokratie mit ihren Verfassungsprinzipien sowie einer pluralistischen Zivilgesellschaft zählt. Dabei war die politisch-parlamentarische Bedeutung und das öffentliche Wirken des rechten Populismus und Extremismus immer begrenzt und überschaubar, gleichzeitig hatten sie zeitbezogen durchaus Einfluss auf die politische Kultur der Republik¹.

1. Sechs Phasen

In der Geschichte der Bundesrepublik können – in grober chronologischer Perspektive – sechs Phasen unterschieden werden. **Erstens** sind die Nachkriegsjahre und Anfang der 1950er Jahre mit der Reorganisation der extremen Rechten und dann dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) durch das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1952 verbunden. **Zweitens** ist mit der Gründung der NPD im Jahr 1964 erstmals eine rechtsextreme Partei in mehreren Landtagen vertreten; und sie dominierte längere Zeit das rechtsextreme Lager. **Drittens** gab es in 1970er Jahren – neben der NPD und vielen rechtsextremen Kleinmilieus - mehrere öffentlich, militant und gewaltförmig agierende Gruppen, die vor allem aus jungen Männern bestanden haben (vgl. Dudek/Jaschke 1984). In den 1990er Jahren war **viertens** mit der 1983 gegründeten Partei „Die Republikaner“ (REP) eine weitere rechtspopulistische und -extreme Partei in mehreren Landesparlamenten und vielen kommunalen Parlamenten vertreten.

Mit dem Prozess der deutschen Einheit bildete sich **fünftens** ein differenziertes rechtes Lager mit neuen Phänomenen und Gruppierungen heraus; die NPD ist in mehreren Landtagen der östlichen Bundesländer vertreten, und es entwickelt sich u. a. die Skinhead- und Kameradschaftsszene sowie eine rechte Jugendkultur (mit Musik, Bands, Konzerten). Teile der rechten Szene agieren

¹ Es gilt zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, dem rechten Populismus und rechten Extremismus begrifflich und systematisch zu unterscheiden, und auf die Unterscheidungskriterien bzw. das ambivalente Verhältnis ist wiederholt hingewiesen worden (vgl. Kohlstruck 2008, Müller 2017, Milbradt, B. et. al. 2017, Manow 2018, Frei et. al. 2019, Gießelmann et. al. 2019, Schroeder et. al. 2020 Book et. al. 2020). Ich folge hier Schroeder et. al. (2020): „Einerseits lassen sich die beiden Begriffe deutlich abgrenzen und inhaltlich differenziert bestücken. Andererseits können die mit diesen Kategorien verbundenen empirischen Phänomene und normativen Überzeugungen fließend ineinander übergehen, so dass die Grenzen mitunter schwer zu identifizieren sind“ (9). Ich verwende für die AfD den allgemeinen Begriff der „Rechtsaußenpartei“ oder „rechtspopulistische Partei“ und spreche insgesamt von „rechter Szene“.

gewaltverherrlichend und -förmig. **Sechstens** erfährt mit Pegida und der Gründung der AfD im Jahr 2013 das erstarkende rechtspopulistische und -extreme Lager eine neue Dynamik und Bewegungscharakter; jetzt ist im Jahr 2020 mit der AfD eine Rechtsaußenpartei erstmals im Bundestag, in allen Landtagen und vielen kommunalen Parlamenten vertreten (vgl. zu den Phasen und Zäsuren: Frei et. al. 2019).

Insgesamt hat sich die rechte – alte und neue - Szene in den letzten Jahren weiter differenziert, zu ihr gehören neben der AfD u. a.: die Identitäre Bewegung (IB), Teile der Reichsbürgerszene, völkische Siedlungsgemeinschaften (Röpke/Speit 2019), die rechte (Jugend-)Kultur mit ihrer Musik, ihren Bands und Konzerten (Glaser/Pfeiffer 2017), rechte Jugendbünde, Teile der Hooligan-, Rocker- und Prepperszene, zahlreiche selbsternannte Bürgerwehren, drei Kleinstparteien (NPD, Die Rechte, Der III. Weg) und Teile der Pro-Bürgerbewegungen; dann zahlreiche neurechte Zirkel, das Thule-Seminar, Publikationen und breite Internetaktivitäten. Weiter gab und gibt es vielfältige – z. T. aufgelöste und neu gegründete - Vernetzungen und Netzwerke (wie z. B. Hannibal, Nordkreuz/Südkreuz/Westkreuz oder Uniter) im rechten Lager, verbunden mit einer aggressiven und z. T. militarisierten Erlebniswelt sowie mit Akteuren bzw. Chatgruppen auch in der Polizei und der Bundeswehr².

Zum aktuellen Lagebild gehört schließlich, dass es mit dem Prozess der Radikalisierung seit mehreren Jahren eine deutlich zugenommene Gewaltbereitschaft und ein hohes Maß von rechtsextrem und antisemitisch motivierten Straf- und Gewalttaten sowie rechten Terrorismus gibt (vgl. Röpke 2018).

2. Ein Lagebild

Ein aktuelles Lagebild zeigt, mit welchen politisch-gesellschaftlichen rechtspopulistischen und -extremen Phänomenen, Bewegungen und Dynamiken sowie Denkkollektiven die Demokratie konfrontiert ist. Dazu zählen - neben der oben genannten Szene – insbesondere die folgenden Entwicklungen und Dynamiken.

2.1 Die AfD - eine Rechtsaußenpartei

Mit der Gründung und dem Einzug in die Parlamente ist die rechtspopulistische AfD zum zentralen politisch-parlamentarischen und öffentlichen Akteur des rechten Lagers geworden. Ihr gelang es, „die gebündelten Ressentiments in „Politik“ umzuwandeln“ (Weiß 2017:25) und die Gesellschaft weiter zu spalten. Die AfD ist ein „mehrdimensionales Phänomen“ und eine bipolare Partei zwischen Parlaments- und Bewegungsorientierung, die sich zwischen den Polen nationalkonservativ und rechtsextrem gleichzeitig bewegt (Schroeder/Weßels 2019). Sie lehnt die liberale Demokratie ab, ist antipluralistisch, anti-egalitär, ethno-nationalistisch und „keine normale Partei, solange sie sich nicht

² Zur historischen Dimension, der langen Vorgeschichte und den völkisch-nationalistischen Vordenkern und Stichwortgebern der autoritären Revolte gegen die parlamentarisch verfasste Demokratie, gegen die offene und liberale Gesellschaft, gegen kulturelle und ethnische Vielfalt, demokratische Gleichheit und Weltoffenheit vgl. den Sammelband von Fücks/Becker (2020). Die langen Linien der Antimoderne werden diagnostiziert als: „Gemeinschaft gegen seelenlosen Individualismus, nationale Identität gegen liberalen Universalismus, Tradition gegen zerstörerischen Fortschritt, autoritäre Führung gegen parlamentarisches Palaver, Kulturpessimismus gegen Fortschrittsdenken, nationale Selbstbehauptung gegen Fremdbestimmung durch kosmopolitische Eliten“ (ebda.:13).

klar zur repräsentativen parlamentarischen Demokratie bekennt und sich eindeutig >ohne Wenn und Aber< von rechtsextremen Positionen und Gruppen distanziert“ (Schroeder/Weßels 2019:254).

Durch ihre Repräsentanz in den Parlamenten nutzt die AfD mit ihrem Personal und ihren Finanzen, mit den ihr zur Verfügung stehenden parlamentarischen Instrumenten (Anfragen, Anträge, Debattenbeiträge, Gesetzesentwürfe) ihre Interventionsmöglichkeiten. Sie versucht öffentlich Themen zu setzen, die politische Kultur mit ihren völkisch-nationalistischen Sprachgesten – mit denen sie das Volk als homogenen Volkskörper versteht, mit „kulturellen und ethnischen Kriterien“ verknüpft und das „homogene Volk“ den „korrupten Eliten“ antagonistisch gegenüberstellt (Wildt 2017:115) - nach rechts zu verschieben. Dabei wird die Gesellschaft nach der populistischen Logik doppelt dichotomisiert: „Oben gegen Unten“ und „Innen gegen Außen“³.

Im Bundestag ist sie seit 2017 mit 12,6 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen die größte Oppositionspartei; in allen Landtagen ist sie Oppositionspartei und den östlichen Bundesländern ist sie in den Landtagen stärkste oder zweitstärkste Fraktion mit Ergebnissen über 20 Prozent (vgl. Hafeneeger/Jestädt 2020:50).

2.2 Neue Rechte

Mit der anti-liberalen Neuen Rechten sind Gruppen und Akteure, Denkfabriken, studentische Verbindungen, Zeitschriften wie „Junge Freiheit“, „Sezession“, „Compact“, „Blaue Narzisse“ oder das „Institut für Staatspolitik“ (IfS) und die „Identitäre Bewegung“ (IB) mit ihren Aktionen gemeint, die sich im Spannungsfeld von Konservatismus und Rechtsextremismus bewegen. Der „rechtsintellektuelle“ und antidemokratische Diskurs der Neuen Rechten zielt – im Gegensatz zur „Alten Rechten“ – als Kulturkampf von rechts und mit seinem Elitenbewusstsein auf kulturelle Hegemonie; er will als Gegenbewegung zur Linken die „Diskurshoheit“ erlangen. Abgelehnt wird die anglo-amerikanisch dominierte Lebensart des Individualismus, die Globalisierung und der Kosmopolitismus; befeuert wird die Sehnsucht nach einem neuen autoritären Zeitalter und einer illiberalen Demokratie. Die Ziele der IB als einem Zentrum des rechtsintellektuellen Diskurses in Österreich, Frankreich und Deutschland sind nach Brumlik (2020): „Neben einer ethnischen Schließung des Nationalstaats soll vor allem Immigration verhindert werden, der Islam ausgeschlossen und eine liberale und daher multikulturelle Gesellschaft bekämpft werden. Dazu gehört in erster Linie eine Ablehnung des Gedankens der Menschenrechte“ (60).

Der Neuen Rechten kommt als kulturell gewendetem Rassismus (Ethnopluralismus) verbunden mit der Idee von kulturellen Schicksalsgemeinschaften eine „Brückenfunktion“ im rechten Lager zu, und sie sucht nach milieuübergreifender Anschlussfähigkeit ins rechtskonservative Lager um die politischen Verhältnisse umzuwälzen (vgl. Salzborn 2017, Fücks/Becker 2020). Dabei kommt Weiß (2017) zu dem Ergebnis, „dass sich die Gestalt der Rechten gewandelt haben mag, sie in ihren Kernelementen aber unverändert bleibt. Das Beharren auf die unlösbaren Bindungen des Einzelnen an seine Ethnie und die daraus naturhaft resultierende Kulturform sowie auf die damit verknüpfte Gesetzmäßigkeit gesellschaftlicher Ungleichheit bleibt von diesem Wandel jedenfalls unbeeinträchtigt“ (12f.).

³ Mit Blick auf die Feinde der liberalen Demokratie und den Antikapitalismus – der radikalen Linken und Rechten - spricht der Soziologe und Philosoph Hellmuth Plessner (1924/2002) in der Weimarer Republik von den beiden Seiten gemeinsamen „radikalisierten Gemeinschaftsideologien“.

2.3 Vernetzung

Das rechte Milieu und seine ideologischen Akteure sind – bei allen Differenzen und Arbeitsteilung – vernetzt; sie treffen sich und publizieren, sie treten gemeinsam auf und diskutieren mit einer Rhetorik des „Widerstands“ und „Volksaufstands“ über den „richtigen revolutionären Weg“. Das gilt – siehe die „fünfte Phase“ - für die AfD, zahlreiche Gruppen (wie z. B. die Identitären, vgl. Speit 2018), die Neue Rechte, das rechte Netzwerk „Ein Prozent“ und vereinzelt auch Akteure aus dem rechtskonservativen Lager. Weiß (2017) spricht von einer gemeinsamen „autoritären Revolte von AfD, Pegida und ihren neurechten Akteuren“ (243), die wiederum mit einer dichten – zugleich lockeren und systematischen - Netzwerkentwicklung der Szene verbunden ist (vgl. Fuchs/Middelhoff 2019).

2.4 Studien

Zahlreiche Studien – hier vollem die „Mitte-Studien“ - zeigen in den letzten Jahren das Ausmaß und Potential rechtspopulistischer, demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen in der Bundesrepublik sowie deren offenes und offensives Auftreten (Heitmeyer 2002-2011, Decker/Brähler 2018, Zick/Küpper/Berghan 2019). Mit dem Syndrom „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ konnte wiederholt nachgewiesen werden, wie verbreitet abwertende und ausgrenzende Einstellungen, Ressentiments und Stereotypen gegenüber sozialen Gruppen aufgrund zugewiesener Merkmale bis in die Mitte der Gesellschaft sind. Dabei ist die „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ und der Dichotomisierung von Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit „ein Scharnier zu Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und neurechten Einstellungen“ (Zick et. al. 2019, 53).

2.5 Rechte Einflussnahmen

Es gibt einmal erste Erkenntnisse über Versuche einer internen und direkten rechten Einflussnahme, von rechtspopulistischen Interventionen und Aktivitäten innerhalb der organisierten Zivilgesellschaft (Gewerkschaften, Sport, Kirchen, Kultur), in Berufsgruppen, in der Sozialen Arbeit und in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie im Ehrenamt (vgl. Gille/Jagusch 2019, Schroeder et. al. 2020). Dann versucht die AfD durch parlamentarische Anfragen und Anträge offen oder verdeckt politische Botschaften zu transportieren und extern Einfluss zu nehmen; diese sind entweder direkt und offen oder subtil und unterschwellig. Damit geraten die demokratische Zivilgesellschaft und demokratieförderndes Engagement und wiederholt Projekte gegen rechts unter Druck. Mit den Anfragen und Anträgen sollen angebliche und unterstellte „Misstände“ aufgedeckt werden, und sie sind – auch wenn vermeintlich neutral und informationsgeleitet gehalten - in ihrer fragenden Diktion und Zielrichtung eindeutig. Strukturen und Träger, Einrichtungen und Projekte, Inhalte und Aktivitäten sowie Personen sollen diskreditiert, eingeschüchtert und delegitimiert, es soll Unsicherheit und Angst erzeugt werden; letztlich werden deren Finanzierung und Förderung in Frage gestellt und wird gefordert diese einzustellen (vgl. Schroeder et. al. 2017, Butterwegge et. al. 2018, Hafenegger et. al. 2018, Ruhose 2019, Hafenegger/Jestädt 2020).

Die parlamentarischen Aktivitäten sind insgesamt Versuche, die politische Kultur nach rechts zu verschieben und das Parlament als Thematisierungsarena zu nutzen. Das zeigt sich durch die Vielzahl parlamentarischer Anfragen und Anträge, die sich gegen demokratisch engagierte Einrichtungen, Angebote und Personen (vor allem in der Arbeit mit Migrant*innen), dann gegen eine demokratische Kultur in Schulen (z. B. Fridays for Future) und Jugendverbänden, in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, in Demokratie- und Kulturprojekten oder gegen angeblich

linksextremistische Aktivitäten richten. Weiter werden Aktivitäten im Kontext von Partizipation und Emanzipation, der Politischen Bildung, in Bereichen der Migration und Kultur, Gender und Sexualität, Umwelt- und Klimapolitik angegriffen und deren Abschaffung gefordert (vgl. Hafener et. al. 2018, Hafener/Jestädt 2020, 2020a). In den Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit sehen Gille/Jagusch (2019) vier Varianten externer Einflussnahme der Neuen Rechten mit dem Ziel „Bestehendes zu destabilisieren“ und „Neues zu schaffen“: Strukturen angreifen, Bedrohen, Sozialräumliche Inszenierungen und Agenda-Setting (63ff.).

Weiter zeigt die interne Lagerbildung und -entwicklung der rechten Szene neben der regen Publizistik und Netzkommunikation, dem öffentlichen (auch gewaltförmigen) Agieren und zahlreichen ländlichen Siedlungsprojekten, von Beratungs- und Hilfeangeboten vor allem drei Angebotsformen: „Projekte der Theoriebildung, wie sie durch Tagungen und Zeitschriften erreicht werden; Veranstaltungen zur Traditionsstiftung, die sich vor allem in verschiedenen Formen des Märtyrerkults und an „Gedenktagen“ niederschlagen; und „vorpolitische“ Freizeitangebote wie Sportaktivitäten und Ferienlager“ (Gille/Jagusch 2019: 56).

3. Umgangsstrategien

In der Geschichte der Bundesrepublik ist seit ihrer Gründung und der jeweils zeitbezogenen (Re-)Organisation der rechten Szene immer wieder - mehr anlassbezogen und weniger systematisch - über Umgangsstrategien im Feld von Prävention und Reaktion diskutiert und gehandelt worden. Dabei haben sich zunächst vor allem zwei Reaktionsmuster herausgebildet:

1.

Für den **parlamentarischen Umgang** bzw. die politische Strategie war es der „Schweriner Weg“ im Umgang mit der NPD. Er basiert auf der „Schweriner Erklärung“ im Jahr 2006, nach der sich alle demokratischen Parteien im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern verpflichteten, geschlossen aufzutreten und keinerlei Initiative der NPD zu unterstützen. Dieses Verständnis wurde als „Konsens der Demokraten“ weitgehend in allen Landesparlamenten praktiziert.

2.

Im **zivilgesellschaftlichen und pädagogisch-bildenden Umgang** ging es wiederholt um die Bedeutung von schulischer und außerschulischer Bildung und um Förderprogramme des Bundes und der Länder (z. B. schon nach dem Bundesjugendplan Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre). Vor allem durch Bildung und Aufklärung, Partizipation und Demokratieerfahrungen sollte die junge Generation – sie stand im Mittelpunkt der Überlegungen - immunisiert werden.

Beide Varianten sind durch die neuen Dynamiken mit der parlamentarischen Repräsentanz der AfD, den rechtspopulistischen Aktivitäten und Einstellungen bis in die Mitte der Gesellschaft, die erlebten Formen von Alltagsrassismus sowie die Radikalisierungsprozesse im rechten Lager mit neuen Überlegungen und Differenzierungen verbunden. Aktuell gibt es zahlreiche Empfehlungen für die Parlamente und öffentliche Debatte, für die Zivilgesellschaft, dann für die Felder der Erziehung und Bildung – und hier vor allem der Schule, der Jugendarbeit und politischen Bildung. Weiter zeigen die Programme der Bundesregierung und von Bundesländern in den letzten Jahren – aktuell sind das die Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ – welche Erfahrungen und evaluativen Erkenntnisse sich aus den vielschichtigen praktischen Umgangsstrategien herausgebildet haben.

4. Generelle Diskussion zum Umgang

In der Diskussion zum Umgang müssen sowohl prinzipielle Überlegungen als auch die unterschiedlichen Ebenen und Felder beachtet werden; auf einige will ich mit einem Panoramablick in unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und pädagogischen Kontexten – verbunden mit der konsequenten Durchsetzung des Rechtsstaats - hinweisen. Es gibt mittlerweile ein Bündel an Reaktionsformen und Suchprozesse zum „richtigen“ Umgang; es gibt aber keinen Königsweg und „das Rezept ist noch nicht gefunden“ (Schroeder/Weßels 2019: 255). Sie markieren unterschiedliche Akzentsetzungen, die sich gegenseitig nicht ausschließen und in der Praxis auch nebeneinander bzw. aufeinander bezogen – je nach Phänomen und „Härtegrad“, Kontext und Situation – angewandt werden. Zu den mehr generellen und prinzipiellen Überlegungen zählen:

1. Die Etablierung einer sensiblen Dauerbeobachtung und systematischen Erfassung in allen gesellschaftlichen Bereichen bedeutet, die populistische Ideologie und die Handlungslogiken der Szene wahrzunehmen und zu deuten sowie situativ und strategisch angemessen und abgestimmt reagieren und agieren zu können. Das gilt u. a. für die AfD in Parlamenten, Entwicklungen innerhalb der Zivilgesellschaft und in Bildungsinstitutionen sowie innerhalb der rechten Szene selbst.
2. Die AfD und die Neue Rechte sind nicht „harmlos“ rechtspopulistisch, sondern im Prozess ihrer Radikalisierung (u. a. mit den Akteuren des aufgelösten, aber real präsenten „Flügels“) eine rechtsradikale Partei und parlamentarischer Arm der extremen Rechten. Die liberale und rechtsstaatlich verfasste Demokratie wird abgelehnt und bekämpft, Mitglieder äußern sich zustimmend zu Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, rufen zum Widerstand mit eindeutig rechtsextremen Gruppen auf und demonstrieren mit denen gemeinsam. Zahlreiche Abgeordnete und Mitarbeiter*innen haben eine rechtsextreme Vergangenheit, sind Mitglieder u.a. bei den Identitären oder rechtsextremen Burschenschaften. Dies sind – mit den programmatischen Aussagen, dem völkischen Vokabular u. a. - Indizien, die wertebasiert jegliche Form der Kooperation in Parlamenten, Gremien, Kirchentagen und -gemeinden sowie Vereinen verbieten. Dabei ist mit der Haltung der „klaren Kante“ eine unmissverständliche Grenzziehung, Abgrenzung und Ausgrenzung – auch verbunden mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen – eindeutig markiert, wie das rechte Lager verortet wird. Der AfD wird damit zweierlei signalisiert: Erstens, dass über Menschenwürde, Grundrechte und Demokratie nicht zu diskutieren ist und zweitens, dass sie keine „normale“, sondern in Teilen eine völkisch-nationalistische und rechtsextreme Partei ist. Schon Adorno (1971) hat darauf hingewiesen, dass es ein demokratie- und menschenfeindliches Lager gibt, das ab einer bestimmten Stufe der Radikalisierung und Ideologisierung mit Gegenargumenten nicht zu erreichen ist.
3. Es ist im Umgang zu unterscheiden zwischen aktiven, organisierten und bekennenden Akteuren einerseits, für die es kein Kommunikationsangebot geben kann und die es zu bekämpfen gilt. Mit Blick auf rechtsaffine Wähler*innen und Sympathisanten andererseits, die in ihren Orientierungs- und Suchprozessen sowie mit ihrer Protestattitüde noch offen und zugänglich sind, geht es um deren Themen und Sorgen, die (sozialen) Ängste von Menschen, die es ernst und diskursiv (deutend) aufzunehmen gilt.

4. Es geht um eine öffentliche Protest- und Gedenkkultur, die den öffentlichen Raum nicht den Rechten überlässt, sondern markiert, welche Stärke und Kraft in breiten politischen und zivilgesellschaftlichen Bündnissen liegt. Im Rahmen von Demonstrationen und Kundgebungen, Aktionen und öffentlichen Foren ist sowohl die Auseinandersetzung zu suchen als auch zu zeigen wie stabil die Fundamente der Demokratie heute sind.
5. Allen Überlegungen zum Umgang ist gemeinsam, nicht zur Normalisierung des menschenfeindlichen und abwertenden Gedankenguts innerhalb und außerhalb des parlamentarischen Raums der AfD beizutragen. Daher verbieten sich jegliche Form einer stillschweigenden Zustimmung, der Zusammenarbeit und von missverständlichen sprachlichen Gesten; auch die abgrenzende Auseinandersetzung (z. B. im Rahmen von parlamentarischen Auseinandersetzungen oder konkreten Gesprächen) muss jegliche Form von Zugehörigkeit und Verständnis, Aufwertung oder gar (kommunikative) Einbindung vermeiden.
6. Sich die Agenda nicht von den Rechten vorschreiben lassen und sich nicht „treiben“ zu lassen, sondern die eigene Agenda und Arbeit (als positives Narrativ) sowie das – im demokratischen Wettbewerb - eigene Profil von Problemlösungen und der Zukunft der Gesellschaft überzeugend und souverän zu schärfen und anzubieten. Das bedeutet auch keine Erregungsspiralen und Daueraufgeregtheiten zu stimulieren und nicht über „jedes Stöckchen zu springen“; dazu gehört weiter, das Sündenbocknarrativ bzw. die Opferinszenierung (man würde benachteiligt und ausgegrenzt) nicht zu bedienen.
7. Neben dem anlassbezogenen und situativen Umgang müssen bei strategischen Überlegungen Prävention und Intervention, Beratung, Bildung und Netzwerkarbeit zusammen gedacht werden. Hier zeigen präventive, der Demokratieentwicklung und den Menschenrechten verpflichteten Beispiele aus den Bundesprogrammen „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“, schulische Projekte wie „Schule ohne Rassismus“ und außerschulische Bildungsformate, Demonstrationen und Kampagnen, Ausstellungen und Aktionen das Engagement in der Zivilgesellschaft und von schulischer und außerschulischer Bildung.
8. Letztlich geht es um die weitergehende Reflexion über die tiefer liegenden Ursachen rechter Phänomene und die Motive des Wahlverhaltens, die in den ökonomischen, sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen, Prozessen und Umbrüchen liegen, die wiederum Modernisierungsfolgen (insb. Globalisierung, Digitalisierung), Ungleichheitsentwicklungen und sozialer Spaltung sowie neoliberaler Politik geschuldet sind. Weiter ist auf neue politisch-kulturelle Konfliktlinien und politische Repräsentationslücken sowie Vertrauenskrisen hinzuweisen, nach denen Teile der Bevölkerung sich nicht mehr von den Parteien repräsentiert und kulturell abgekoppelt fühlen. Mit diesem tiefen Diagnoseblick in beschleunigte und mit Risiken, Unsicherheiten und Ungewissheiten verbundene moderne Gesellschaften – und dem Verständnis von rechtem Populismus und Extremismus als Krisensymptom oder auch als autoritäre „Revolte von rechts“ - geht es generell um die Frage nach dem Zustand und der Zukunft von Demokratie und Gesellschaft, dem zukünftigen Zusammenleben und Zusammenhalt in komplexen Gesellschaften (vgl. Crouch 2017, Heitmeyer 2018, Foroutan 2019, Hartmann et. al. 2019, Lessenich 2019, Reckwitz 2019, Butterwegge 2020).

Zu beachten sind bei allen Überlegungen zu den Umgangsstrategien, was und wen man jeweils erreichen will, welche Wirkungen und Effekte man erwartet und welchen Chancen und Risiken „Ignorieren, Auseinandersetzen, Abgrenzen, Ausschließen und Ausgrenzen“ beinhalten. Nach Schroeder et. al. (2020) ist dies mit einem inhärenten Dilemma des Populismus verbunden, zu dem u. a. gehören: „Sowohl bei Nichtbeachtung als auch bei Reaktionen besteht das Risiko, das Phänomen zu stärken. Der Versuch, Rechtspopulismus durch Beteiligung zu „entzaubern“, beschert ihnen Aufmerksamkeit und spricht ihnen möglicherweise Legitimität zu. Nichtbeachtung beinhaltet dagegen die Gefahr, als stillschweigende Zustimmung missverstanden zu werden oder zur Normalisierung rechtspopulistischer Positionen beizutragen“ (120).

5. Bereichsspezifische Umgangsformen

Neben den generellen Überlegungen gibt in den unterschiedlichen politischen Feldern und gesellschaftlichen Lebensbereichen spezifische Herausforderungen und Akzentsetzungen zu berücksichtigen und zu klären.

5.1 Parlamentarischer Umgang

Im parlamentarischen Umgang mit der AfD ist der „Schweriner Weg“ weiterhin eine Option, aber aufgrund der Wahlerfolge und breiten parlamentarischen Repräsentanz sowie einer – sich radikalierenden - bipolaren Rechtsaußenpartei hat bei den demokratischen Parteien die Suche nach differenzierten und angemessenen Auseinandersetzungs- und Umgangsformen begonnen. Dabei ist zunächst zu konstatieren, dass mit der AfD als neuer Oppositionspartei ein aggressiver, ruppiger und provozierender Ton in die Parlamente Einzug gehalten hat, die mit ihrer Rhetorik wiederholt Grenzen des Sagbaren überschreitet und Aufmerksamkeit erregen will. Sie nutzt das Parlament wiederholt – so eine zentrale Verhaltensstrategie – als Bühne und Instrument für ihre nationalistischen und völkischen politischen Botschaften.

Das Feld der Umgangsstrategien der demokratischen Parteien mit der AfD zeigt – verbunden mit der skizzierten generellen Diskussion - vor allem zehn Varianten mit allen ihren zugehörigen Implikationen:

- Es ist eine Daueraufgabe und notwendig für angemessene Formen des Umgangs, Wissen zu erwerben und sich über die Ideologeme, Strategien und Ziele der rechten Szene und ihrer parlamentarischen Akteure zu qualifizieren.
- Gelassenheit und Ignorieren, Nichtbeachtung und Auflaufen bedeuten, die AfD parlamentarisch ins Leere laufen lassen (nicht über „jedes Stöckchen springen“) um (die erwünschte) Aufmerksamkeit zu reduzieren und sie sich selbst „entzaubern“ lassen.
- Es wird immer wieder eindeutig und unmissverständlich die politische und inhaltliche Distanz und Abgrenzung markieren („klare Kante gezeigt“).
- Die sachbezogene inhaltliche Auseinandersetzung soll „von Fall zu Fall“ die ideologischen Positionen und Implikationen, die Rhetorik und die Logiken des rechten Populismus dechiffrieren: Dies zielt vor allem auf die öffentliche Wahrnehmung und Kommunikation ab und ist nicht mit Überzeugungsabsichten von rechten Akteuren verbunden.

- Es gilt ein formal korrektes Verhalten nach den Regeln des parlamentarischen Umgangs (z. B. in der Wahrnehmung der zustehenden Rechte, dem Vorsitz von Ausschüssen, Wahlen in Gremien) um die „Opferrolle“ nicht zu bedienen.
- Es gibt keine Zustimmung zu Initiativen (u. a. Anträgen, Beifall zu Redebeiträgen) von AfD-Fraktionen bzw. einzelnen Abgeordneten und jegliche Form von Kooperation wird vermieden.
- Generell darf im Umgang keine Normalisierung signalisiert und ermöglicht werden, die Suche nach Zugehörigkeit und Anerkennung gilt es nicht bedienen.
- Die AfD darf die Agenda und Themen nicht vorgeben, sondern diese müssen im produktiven Wettbewerb der demokratischen Parteien selbst besetzt werden.
- In informellen Kontexten des parlamentarischen Alltags (im Plenum, in den Ausschüssen, in den Pausen) ist der Umgang auf ein Minimum zu reduzieren; er pendelt zwischen Ignorieren, Kommunikation vermeiden, Beschränkung auf das Notwendigste mit korrekten und kurzen Verhaltensweisen (z. B. Begrüßung).
- Bei Hass, Hetze und völkischer Sprache werden die Möglichkeiten der Geschäftsordnung wie Rüge, Ordnungsruf, Wortentziehung oder Ausschluss genutzt, um die Gepflogenheiten und Grenzen des parlamentarischen Umgangs aufzuzeigen und durchzusetzen.

5.2 Zivilgesellschaftlicher Umgang

Rechtspopulistische Einstellungen gibt es aufgrund einer differenzierten Mitgliederbasis auch in Teilen der organisierten Zivilgesellschaft mit ihren unterschiedlichen Milieus (z. B. sehr konservative kirchliche Milieus). Hier suchen die AfD und Neue Rechte – so vereinzelt Hinweise - nach Anschlussmöglichkeiten und Anknüpfungspunkten innerhalb von zivilgesellschaftlichen oder auch berufsständischen Organisationen (vgl. Schroeder et. al. 2020)⁴.

In der Suche nach differenzierten und angemessenen, situativ-reaktiven wie strategisch angelegten und begründeten Umgangsformen in den Binnenstrukturen der organisierten und demokratischen Zivilgesellschaft gibt es in fast allen Organisationsbereichen deutlich abgrenzend und distanzierend formulierte Erklärungen, Positionspapiere und Handreichungen. Dabei haben sich in der Auseinandersetzung bzw. Positionsbeschreibung nach außen wie auch im Umgang mit inneren Vorfällen für die Gewerkschaften, die Kirchen, den Sport, die Feuerwehr und die Kultur als Maßnahmenvielfalt mit all ihren Ambivalenzen (Chancen und Risiken) herausgebildet:

- In Gremien erfolgen abgestimmte Klärungen zum Verhalten und – je nach konkretem Vorfall – ist ein gestuftes Vorgehen bei internen Vorfällen vereinbart, gleichzeitig sind nach innen und außen deutliche Positionsbeschreibungen verabschiedet.
- Innerverbandliches Ignorieren bedeutet, auf rechte Interventionen von außen wird nicht eingegangen.
- Die innerverbandliche Auseinandersetzung wird als ein abgestimmter und inhaltlicher Umgang mit rechten Interventionen verstanden; z. B. das Gespräch suchen, zur Rede stellen und ggf. das Gespräch „erzwingen“.
- Abgrenzung bedeutet, die Distanz wird kommunikativ und konfrontativ markiert, verbunden mit innerverbandlicher und ggf. öffentlicher Distanzierung von rechten Interventionen.
- Ein Ausschluss von Vertreter*innen rechter Interventionen kann ohne öffentliche Thematisierung erfolgen.

⁴ Es gibt neben der organisierten demokratischen Zivilgesellschaft auch – so z. B. mit Pegida - eine „schmutzige Seite der Zivilgesellschaft“ (Geiges et. al. 2015).

- Ein konfrontativer Ausschluss von Vertreter*innen rechter Interventionen bedeutet Ausschluss und ist mit einer klaren öffentlichen Distanzierung verbunden (Schroeder et. al. 2020: 119).

5.3 Pädagogisch-bildender Umgang

In schulischen und außerschulischen pädagogischen Einrichtungen, Organisationen und Kontexten gibt es weniger einen organisierten rechten Populismus und Extremismus, aber oftmals Cliquen oder Einzelne, die Ressentiments und Vorurteile, rechtspopulistische Einstellungen äußern und/oder Verhaltensweisen zeigen. Dazu zählen Ausgrenzung und Abwertung von „Anderen“, eine Witzeunkultur, diffamierende Sprachgesten und Beleidigungen, dann Musik, Outfit, Schmierereien und Mobbing. Dabei müssen die pädagogischen Einrichtungen und Organisationen gesellschaftliche Mentalitäten und Entwicklungsprobleme bearbeiten, die Kinder und Jugendliche in die Schule und Einrichtungen mitbringen. Für die Pädagogik, Erziehung und Bildung können generell acht zentrale Überlegungen und Herausforderungen markiert werden⁵.

1. Pädagogische Beziehung

Der Umgang im Feld der institutionellen und professionellen Erziehung und Bildung ist eingebunden in die generellen Merkmale der typischen Paradoxien und des doppelten Habitus bzw. der doppelten Professionalisierung; den Habitus des praktischen Könnens und der wissenschaftlichen Reflexion (Kramer/Pallesen 2019). Dabei gilt es generell in pädagogischen Verhältnissen

- sowohl die pädagogische Aufgabe der Vermittlung und die Zuständigkeit für Lernen, Begleitung und Entwicklung sowie Bildung anzunehmen,
- als auch tragfähige Beziehungen – eine pädagogische Generativität - aufzubauen, damit ein dialogisches Miteinander und „Arbeitsverhältnis“ entstehen kann und den Jugendlichen eigenaktiv Aneignung ermöglicht wird⁶.

Dazu gehört auch in problematischen Situationen wie den Äußerungsformen aus dem Repertoire des rechten Populismus und Extremismus nicht vorschnell zu agieren, sondern seitens der Professionen (zunächst) eine neugierige und nachfragende, streitbare Beziehung zu erhalten und die aufklärend-argumentative Auseinandersetzung zu suchen. Gleichzeitig gilt es Grenzen zu markieren und Regeln durchzusetzen, was in der Einrichtung, in der Schule/Klasse, der Veranstaltung nicht zugelassen werden kann und – bis hin zum Ausschluss - sanktioniert wird. Dazu zählen Verhaltensweisen wie Diskriminierung und Abwertung, Demütigung und Ausgrenzung, dann Gewaltandrohung und gewaltförmiges Verhalten.

⁵ Damit Lernen gelingen kann ist auf deren Paradoxien hinzuweisen: So muss die pädagogische Zuständigkeit für Vermittlung den professionellen Interventionscharakter ebenso wie die grundsätzliche und nicht hintergehbare autonome Eigenzuständigkeit des lernenden und sich bildenden Subjekts berücksichtigen. Das pädagogische (nicht der fachliche Unterricht) Handeln ist auf den Modus der stellvertretenden Krisenbewältigung und die Sozialbeziehung auf ein pädagogisches Arbeitsbündnis angewiesen.

⁶ Wissensaneignung, Kompetenzerwerb und Entwicklung kann – bei allen klugen und sensiblen Vermittlungsversuchen – letztlich nur eigenaktiv und autonom von jedem Subjekt vollzogen werden.

2. Prävention

Im pädagogischen Feld ist zunächst zwischen Prävention, Intervention und Repression zu unterscheiden. Unter Prävention sind allgemeine Programme und Formen von Vorbeugung, Zutvorkommen und Verhinderung zu verstehen. Intervention meint spezifische Programme und Formen von Eingriffen bei Gefahrenentwicklung und Repression meint spezifische Mittel und Formen von Sanktionierung von eindeutigen Fehlverhalten (z. B. Bedrohungen, Gewalt). Dann wird – und das ist hier bedeutsamer – nach primärer, sekundärer und tertiärer oder auch nach universeller, selektiver und indizierter Prävention differenziert. Dabei will die primäre oder universelle Prävention die Entwicklung von demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen bzw. Extremismen von vorn herein verhindern. Die sekundäre oder selektive Prävention (oder auch Intervention) zielt auf die Früherkennung von Radikalisierungsprozessen; die tertiäre oder indizierte Prävention (oder auch Intervention bei Zielgruppen und Einzelpersonen mit Gefährdungsmerkmalen – sog. Risikogruppen) wendet sich bei der Manifestation von Radikalisierung bzw. Extremisierung direkt an radikalisierte Jugendliche⁷. Weiter ist zwischen Verhaltens- und Verhältnisprävention zu unterscheiden; erstere zielt auf das individuelle Verhalten (unerwünschte Verhaltensweisen), letztere auch auf die soziale Umgebung bzw. soziale Welt (Eltern, sozialer Nahraum, Wohnumgebung).

Mit Blick auf universelle Prävention geht es um Menschenrechtserziehung und -bildung, um Demokratiebildung und aufklärende politische Bildung (im Unterricht, mit vielfältigen Angeboten, Projekten und Aktivitäten), um eine Kultur der Anerkennung und Zugehörigkeit, der Eingebundenheit und Integration bei gleichzeitiger kultureller Vielfalt der Lebensweisen. Sie richtet sich an die allgemeine oder einen Teil der Bevölkerung (z. B. in Form von zivilgesellschaftlichen Trägern, Schulen, Jugendverbänden, Sportvereinen) die demokratiefördernd engagiert ist und ein „niedriges“ Risiko trägt, sich zu radikalieren. Eine solche wertschätzende Beziehungs- und Lernkultur ermöglicht positive Erfahrungen, Selbst- und Wertbewusstsein und immunisiert bzw. macht weniger anfällig für populistische und rechtsextreme Ideologien.

3. Selektive und indizierte Prävention

Selektive (sekundäre) Prävention bezieht sich auf Personengruppen mit bestimmten Merkmalen und einem deutlich höheren Risiko (als die durchschnittliche Bevölkerung), die z. B. in ihrem sozialen Umfeld benachteiligt sind. Indizierte Prävention (Intervention) zielt auf Zielgruppen und Einzelpersonen, die mit ihren Merkmalen ein hohes Risiko (indizierte Indikatoren) haben, sich zu radikalieren.

Wenn Jugendliche anfällig werden und sich in Radikalisierungsprozessen befinden, dann bedarf es der Hilfe, Beratung und Begleitung um die weitere Affinisierung und den (weiteren) Einstieg in die rechte Szene zu verhindern bzw. Deradikalisierung und den Ausstieg aus der Szene zu unterstützen. Hier bedarf es – so die mittlerweile langjährigen Erfahrungen - niedrighschwelliger Zugänge, und dabei sind professionelle Angebote in der Begleitung von Prozessen der Deradikalisierung und des Ausstiegs ein mittlerweile langjährig erprobtes Instrument.

⁷ Hingewiesen sei mit Blick in die Radikalisierungsforschung, dass der Begriff Radikalisierung zwischen sozialem Umfeld und Internet vielschichtig und zugleich umstritten ist.

4. Unterricht und Rolle

Die Schule ist für die junge Generation der prägende und Weichen stellende Lern- und Bildungsort sowie zugleich ein gesellschaftlicher und kultureller Erfahrungsraum. Dabei muss der schulische Unterricht – als Kern schulischen Handelns und Integrationsangebot – selbst fördernd und einladend, aufklärend und partizipatorisch sein; und er muss das Fremde in den Unterricht hinein holen. Wenn er Schüler*innen im Sinne von Bildung der Persönlichkeit und Autonomie, zum Denken und Aneignung von Welt (durch das jeweilige Fach) einlädt, dann kann Schule ein bedeutender und prägender Lernort sein. Dabei hätten sich die Lehrer*innen zugleich als interessante und interessierte Erwachsene im Prozess des Erwachsenwerdens zu verstehen, an die man sich später gerne zurückerinnert; weil man von denen was gelernt hat, mit denen man streiten konnte und die einem ernst genommen haben.

Diese Hinweise zielen primär auf die mikro- bzw. didaktische Ebene. Aber es gibt natürlich auch die Meso- und Makroebene, d. h. die personelle Situation, Schulstruktur, Gebäude und Ausstattung, Gesetzgebung und Erlasse; dann die Politik und Gesellschaft (vor allem Ökonomie) mit ihren Erwartungen an und Einflüssen auf die Schule. Dabei ist die Politik in der Pflicht, weil sie die Bedingungen und Voraussetzungen für eine demokratische Schulkultur, für eine gelingende Pädagogik und einen guten Unterricht schafft.

5. Verrohung der Sprache

Demokratie- und Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus wird vor allem über Sprache und Bilder (auch über Schulbücher) vermittelt; alte Begriffe werden tradiert und neue werden jugendkulturell und im rechten Lager kreiert. Hier kommt einer rassismuskritischen Bildung und Aufklärung mit einem sprachsensiblen Fokus ein prominenter Stellenwert zu.

6. Neue Erfahrungen

Gelernt wird nicht durch Belehrung, sondern durch Erfahrungen. Daher kommt der Organisation von erweiterten und neuen Erfahrungen bzw. der Perspektive solche Erfahrungen - als Kontakt mit Fremdheit, Fremden, Fremdem – machen zu lassen und verstanden als dosierte Fremdheitserfahrungen und Lernprovokationen eine besondere Bedeutung zu. Hier gibt es u. a. mit der interkulturellen Bildung, dem Besuch von Gedenkstätten, mit biografischen Erzählungen im Unterricht und in der Jugendarbeit, mit Ausstellungen, Projekttagen oder dem Label „Schule ohne Rassismus“ gute Erfahrungen und Ansätze. Dabei sind mit dem Aspekt des kulturellen Lernens - u. a. mit Musik, Tanz, Theater - immer auch konkrete Lernformen und Produktionen gemeint, die anregen, bereichern und Erfahrungen mit anderen Kulturen vermitteln bzw. ermöglichen.

7. Fort- und Weiterbildung, Supervision und Beratung

Mit Fort- und Weiterbildung, Supervision und Beratung sind (eigentlich unumstrittene) Angebote und Instrumente gemeint, die für eine gelingende Schule und außerschulische Bildung und die anstrengenden Professionen unabdingbar sind; das gilt gleichermaßen für alle schulischen und außerschulischen pädagogischen Felder. Gemeint sind unterschiedliche Aspekte wie der Umgang mit rechten Phänomenen und deren Verarbeitung, dann weitergehend für unterrichtliche Inhalte, didaktisches und methodisches Know-how, Fragen der Feldentwicklung und -kultur sowie die Reflexion von Professionalität und Habitus.

8. Vernetzung

Schule und Jugendhilfe, Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen sind ein Akteur in einem Stadtteil/Gemeinwesen, die mit der jungen Generation befasst sind. Gerade mit Blick auf problematische Entwicklungen (wie Ressentiments, Alltagsrassismus, Ausgrenzung, Rechtsextremismus) geht es über den monoprofessionellen „Betrieb“ Schule hinaus um – im Sinne von Bildungslandschaften und Netzwerken - die Kooperation und Vernetzung mit anderen kommunalen Akteuren wie Kirchen, Jugendarbeit, Vereinen und Verbänden sowie kommunaler Politik. Hier zeigen Arbeitskreise, „runde Tische“, lokale Aktionspläne/Demokratiezentren derzeit Möglichkeiten, sich – in demokratiepolitischer und jugendfördernder Absicht – gemeinsam mit dem Zusammenleben in einer Kommune und deren Gestaltung zu befassen. Dabei gibt es in der Suche nach Hilfe, Begleitung und Qualifikation zahlreiche Strukturen und Angebote, die (mobile) Beratung, Informationsmaterial, Ausstellungen und Fortbildung für Schulen, Vereine und Verbände, Kommunen, die soziale Arbeit und Bildungseinrichtungen anbieten (Becker/Schmitt 2019, Bundesverband Mobile Beratung et. al. 2019).

5.4 Soziale Arbeit

In der Sozialen Arbeit gibt es Verständigungsversuche über die Verunsicherungen der Disziplin und der Profession durch rechtspopulistische Phänomene und Interventionen (vgl. Haase et. al. 2020). In der Studie über die Neue Rechte und deren Versuche der Einflussnahme und der Anschlussfähigkeit in der Sozialen Arbeit in NRW sowie über deren eigenen Aktivitäten/Angebote regen Gille/Jagusich (2019: 98 ff.) als Reaktionen und Gegenstrategien vier thematische Schwerpunkte an:

- Wissen sammeln und sensibilisieren: Genau hinzusehen, wer die Akteure sind und was sie denken und wie sie handeln, Kontakte zu Beratungsnetzwerken.
- Stellung beziehen: auf Vorfälle rassistisch reagieren, menschenrechtsbasiert und demokratiebewusst handeln, Leitbild für die Einrichtung entwickeln.
- Bündnisse schaffen: Bündnisse und Solidarität im Feld und sozialen Nahraum suchen.
- Land wiedergewinnen: Versuche neurechter Land- und Einflussnahme verhindern.

Sie markieren Soziale Arbeit als Förderung von Autonomie und Demokratie, die „notwendig in Konflikt gehen muss mit den abwertenden, menschenfeindlichen und autoritären Entwürfen der Neuen Rechten“ (104).

5.5 Umgang im Alltag

Die vielen Berichte und Fallbeispiele über Vorurteile und Ressentiments, die vielfältigen alltagsrassistischen Erfahrungen in der Schule und Hochschule, in der Arbeit und in der Öffentlichkeit, in der Nachbarschaft und in Vereinen, im Freundeskreis und der Familie zeigen Mentalitäten, die von oberflächlich formulierten Nichtwissen mit Sündenbocksuche bis hin zu tief verwurzelten Strukturen vorurteilsbehafteter und menschenfeindlicher Orientierungen reichen. Hier verweisen die Umgangsformen vor allem auf zwei Dimensionen und situativen Herausforderungen, die zugleich eingeübt werden können: Mut und Zivilcourage zu zeigen und rhetorische Gegenstrategien im Umgang mit Stammtischparolen (Hufer 2018, 2020).

So kann man z. B. schwierige Gesprächssituationen – Vorurteile, Ressentiments, Schuldzuweisungen - im privaten Umfeld unter drei Aspekten aufnehmen und reagieren: als **Zumutung**, indem man das Gesagte zurückweist und zugleich zum Gespräch einlädt; als **Gelegenheit**, einladend und mit

Empathie in Kontakt und ins Gespräch kommen; als **Herausforderung**, dabei deutlich zu widersprechen und auch einem Streit nicht aus dem Weg zu gehen. Wenn Hass und brutale Aggression, Gewalt oder Gewaltandrohung geäußert wird, dann geht es nicht mehr um einen Gesprächsfaden, sondern um Ächtung (des Verhaltens), die Vorrang vor der Achtung (der Person) hat.

5.6 Biografisch-psychische Dimension

Im pädagogischen und sozialen Feld zeigen sich in der Konfrontation und im Umgang mit menschen- und demokratiefeindlichen Einstellungen, Äußerungen und Verhaltensweisen (Antisemitismus, Sexismus, Rassismus, Homophobie u. a.) wiederholt berufsbiografische und biografisch-psychische Herausforderungen, Krisen und Grenzen. Dabei sind die Professionen – Lehrer*innen, Sozialpädagogen*innen, Sozialarbeiter*innen - in ihrem Selbstverständnis mit Grenzerfahrungen und Strategien der Krisenbewältigung herausgefordert, die sie zu beruflich-fachlichen wie auch persönlich-biografischen Reflexionen über die Paradoxien des pädagogischen Feldes und Berufes sowie ihren Habitus „zwingen“.

Hier berichten Mitarbeiter*innen aus der Offenen und Mobilen Jugendarbeit sowie aus Jugendprojekten über ihre Erfahrungen mit antisemitischen, homophoben, sexistischen und rassistischen – provozierenden, verletzenden und verfestigten – Äußerungen, bei denen sie sowohl mit professionellen Herausforderungen als auch biografisch-psychischen Betroffenheiten, Verarbeitungsformen und Grenzen konfrontiert sind. Mit Blick auf diese Dimension wurden im Kontext von mehreren Fortbildungen unterschiedliche Umgangs- und Verarbeitungsweisen so formuliert:

- „das halte ich nicht aus“,
- „das regt mich auf, das geht an meine emotionalen Grenzen, berührt mich persönlich“,
- „da muss ich mich kontrollieren, um nicht aggressiv und laut zu werden“,
- „ich brauche dann Abstand, das merke ich zu Hause noch“,
- „früher habe ich mich aufgeregt, ich habe mich mittlerweile dran gewöhnt“,
- „ich kann da gelassen mit umgehen, habe professionelle Distanz“,
- „man muss nicht alles kommentieren, auf alles eingehen“,
- „ich trenne – was ist noch tolerierbar und was nicht, entsprechend reagiere ich“⁸.

Die Hinweise zeigen, dass der Reflexion professioneller Erfahrungen und Herausforderungen sowie der Vergewisserung der Professionalität mit Blick auf die Rolle und Person im Rahmen von kollegialer Beratung, Fortbildung, Teamgesprächen, Coaching und Vernetzung eine zentrale Bedeutung zukommt. Die Erfahrungen werden als belastend und psychisch anstrengend beschrieben; und nur eine tragfähige reflexive Kultur ermöglicht es, in der Praxis mit ihren herausfordernden Situationen jeweils professionell angemessen – verbunden mit Handlungsrouninen, Erfahrungswissen und impliziten Wissen - im Spannungsfeld von Distanz und Nähe, im Modus der Distanz, der Reflexion und der Kritik umzugehen. Diese Klärungen brauchen einen Raum, in dem man sich

⁸ Die Hinweise wurden im Rahmen von Fortbildungen formuliert und thematisiert. Sie sind noch nicht ausgewertet und eine Publikation ist in Planung.

handlungsentlastet mit der professionellen Wirklichkeit und Praxis und auch den biografisch-psychischen Dimensionen auseinandersetzen kann.

Fazit

Es gibt keine rechte Landnahme aber zahlreiche rechte Interventionen und Alltagserfahrungen, mit der AfD eine starke parlamentarische oppositionelle Kraft sowie eine differenzierte und offensive rechte Szene, die versucht dystopische Stimmungen zu erzeugen und die Kultur in der Republik nach rechts zu verschieben.

Der Umgang mit rechtspopulistischen Phänomenen ist – als Indikator für Krisenentwicklungen moderner Gesellschaften - zu einer „Dauerbaustelle“ der liberalen und rechtsstaatlich verfassten Demokratie geworden. Dies bedarf einer differenzierten und abgestimmten Strategie, die nicht nur reagiert, sondern werte- und prinzipiengeleitet sowie mit eindeutigen normativen Orientierungen verbunden ist. Rechte populistische und extremistische Ideologie steht den Werten Demokratie, Menschenrechte, Grundrechte und Solidarität diametral entgegen. Dabei findet sich rechtspopulistisches und antidemokratisches Denken nicht nur am Rande der Gesellschaft, sondern es erreicht mit dem Auftreten von rechten Protestbewegungen und politischen Parteien auch bürgerliche Schichten aus dem national-konservativen Milieu; die Grenzen zwischen den radikalen Rändern und der Mitte der Gesellschaft sind porös geworden.

Es geht um die Zukunft der Demokratie und die Verständigung über die Grundlagen der offenen und freiheitlichen Gesellschaft. Daher muss sich die demokratische Gesellschaft in allen Bereichen und auf allen Ebenen in die Lage versetzen, Demokratie- und Menschenfeindlichkeit den Kampf anzusagen, eine aufklärende und argumentative Auseinandersetzung zu führen, dann Distanz und Grenzen, Ausschluss und Ausgrenzung zu markieren und zugleich Risiken der Normalisierung zu vermeiden.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1971): Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute. In: Ders., Kleine Schriften zur Gesellschaft, Frankfurt/M., S. 195-133.

Becker, R./Schmitt, S. (Hg.) (2019): Beratung im Kontext Rechtsextremismus. Felder – Methoden – Positionen, Frankfurt/M.

Book, C./Huke, N./Tiedemann, N./Tietje, O. (Hrsg.) (2020): Autoritärer Populismus, Münster.

Brumlik, M. (2020): Martin Heidegger. Vom wahren Sein zur Volksgemeinschaft. In: Fücks, R./Becker, Chr. (Hg.) a. a. O., S. 49-63

Bundesverband Mobile Beratung/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin/Kulturbüro Sachsen (2019): „Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“. Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen, Dresden.

Butterwegge, Chr./Hentges, G./Wiegel, G. (2018): Rechtspopulismus in Parlamenten. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD, Frankfurt/M.

Butterwegge, Chr. (2020): Die zerrissene Republik, Weinheim.

Crouch, C. (2017): Postdemokratie, Frankfurt/M.

- Decker, O./Brähler, E. (Hrsg.) (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen.
- Dudek, P./Jaschke, H.-G. (1984): Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik (2 Bde.), Opladen.
- Foroutan, N. (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie, Bielefeld.
- Frei, N./Maubach, F./Morina, Chr./Tändler, M. (2019): Zur Rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus, Berlin.
- Fuchs, Chr./Middelhoff, P. (2019): Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern, Reinbek bei Hamburg.
- Fücks, R./Becker, Chr. (Hg.) (2020): Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte, Frankfurt/M.
- Geiges, L./Marg, S./Walter, F. (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld.
- Gießelmann, B./Kerst, B./Richterich, R./Suermann, L./Virchow, F. (Hg.) (2019): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Frankfurt/M.
- Gille, Chr./Jagusch, B. (2019): Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW (FGW-Studie), Düsseldorf.
- Glaser, S./Pfeiffer, T. (Hg.) (2017): Erlebnisswelt Rechtsextremismus. Modern – subversiv – hasserfüllt, Schwalbach/Ts.
- Haase, K./Nebe, G./Zaft, M. (Hrsg.) (2020): Rechtspopulismus – Verunsicherungen der Sozialen Arbeit, Weinheim.
- Hafeneger, B./Jestädt, H./Klose, M./Lewek, P. (2018): AfD in Parlamenten, Frankfurt/M.
- Hafeneger, B./Jestädt, H. (2020): Die AfD im Hessischen Landtag, Frankfurt/M.
- Hafeneger, B./Jestädt, H. (2020a): Die AfD und die Jugend, Frankfurt/M.
- Hartmann, T./Dahm, J./Decker, F. (Hg.) (2019): Die Zukunft der Demokratie. Erkämpft. Verteidigt. Gefährdet? Bonn.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2002-2011): Deutsche Zustände, Folge 1-10, Frankfurt/M., Berlin.
- Heitmeyer, W. (2018): Autoritäre Versuchungen, Berlin.
- Hufer, Klaus-Peter (2018): Argumente am Stammtisch, Schwalbach/Ts.
- Hufer, Klaus-Peter (2020): Zivilcourage. Mut zu Widerspruch, Wien/Hamburg.
- Kohlstruck, M. (2008): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Graduelle und qualitative Unterschiede? In: Faber, R./Unger, F. (Hrsg.): Populismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg, S. 211-228.
- Kramer, R-T./Pallesen, H. (Hrsg.) (2019): Lehrerhabitus. Theoretische und empirische Beiträge zu einer Praxeologie des Lehrerberufs, Bad Heilbrunn.
- Lessenich, S. (2019): Grenzen der Demokratie, Stuttgart.
- Manow, P. (2018): Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin.

- Milbradt, B./Biskamp, F./Albrecht, Y./Kiepe, L. (Hrsg.) (2017): Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien, Opladen/Berlin/Toronto.
- Müller, J.-W. (2017): Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin.
- Plessner, H. (1924/2002): Grenzen der Gemeinschaft, Frankfurt/M.
- Reckwitz, A. (2019): Gesellschaft der Singularitäten, Berlin.
- Röpke, A. (2018): Jahrbuch rechte Gewalt. Chronik des Hasses, München.
- Röpke, A./Speit, A. (2019): Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos, Berlin.
- Ruhose, F. (2019): Die AfD im Deutschen Bundestag. Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur, Wiesbaden.
- Salzborn, S. (2017): Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim/Basel.
- Schroeder, W./Weßels, B./Neusser, Chr./Berzel, A. (2017): Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten (Discussion Paper, WZB), Berlin.
- Schroeder, W./Weßels, B. (Hg.) (2019): Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament, Bonn.
- Schroeder, W./Greef, S./Ten Elsen, J./Heller, L. (2020): Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster, (OBS-Arbeitsheft 102), Frankfurt/M.
- Speit, A. (Hrsg.) (2018): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten, Berlin.
- Wildt, M.: (2017): Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Bonn.
- Weiß, V. (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Bonn.
- Zick, A./Küpper, B./Berghan, W. (Hrsg.) (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn.